

## Die Wut der Vorstädte

von Mathias Greffrath

Die Polizei gab Entwarnung: Die Zahl der verbrannten Autos liege nur noch bei rund 100 – das sei „der nationale Durchschnitt einer ganz normalen Nacht“. In Frankreich hat man sich an die Wut der Vorstädte gewöhnt. Aber diesmal trat sie in eine neue Dimension – und die Analysen folgten ihr: Das sei „die schwarze Energie des reinen Hasses“, schrieb Bernard-Henry Levy, und für André Glucksmann schlug die „Stunde der Nihilisten“. Bei uns schlug eher die Stunde des Spezialfeuilletons: mal war es der Städtebau, mal der Islamismus, der arabische Chauvinismus, die afrikanische Polygamie, das schwärende Erbe des Kolonialismus, das schlechte Schulwesen in den Einwanderergettos.

Und dann bricht sich die einfache, aber schwere Wahrheit, zumeist in Nebensätzen, doch ihre Bahn, mit dem lapidaren Verweis: im Übrigen – die Arbeitslosigkeit. Natürlich ist es die Arbeitslosigkeit – wer keine Arbeit hat, landet im Betongetto, der Islamismus spielte bei der Elterngeneration, die Arbeit hatte, keine Rolle. Wer als Araber oder Türke beruflich aufsteigt in Kreuzberg oder Aulnay-sous-Bois, der lernt auch die Sprache schnell und die Sitten, spätestens seine Kinder tun es. Und eine Gesellschaft, die jeden brauchte, ließe ihre Schulen nicht verkommen.

Es werden aber immer weniger gebraucht. Die chronische Arbeitslosigkeit in den avancierten Industrienationen, die ihre Grenzen mit noch so viel Elektronik nicht dichtmachen können; die ungebremste Dynamik des technischen Fortschritts; die internationale Arbeitsteilung – kurz: die Globalisierung macht ganze Bevölkerungsgruppen überflüssig. Der Ethnozentrismus – der sich in der mangelhaften Ausstattung der Schulen in „Problemvierteln“ zeigt, und nicht erst in der Nichteinstellung dunkelhäutiger Arbeiter – kommt allenfalls verschärfend hinzu. In Dortmund gab es kein Türkenproblem, als Hoesch noch in Betrieb war.

Dass die Arbeitslosigkeit in den Hintergrund der Analysen rückt, hat eine vordergründige, publizistische Ursache: Der Gedanke ist nicht sonderlich originell. Und eine sachliche: Offenbar ist es immer noch leichter, ein paar Planstellen für Sozialarbeiter, ein paar Symposien für transreligiöse Diskurse, ein paar Kindergärten zu fordern, als die Grundstruktur der Gesellschaft in Frage zu stellen. Und also versucht Ulrich Beck einen Befreiungsschlag: Die Schicht der Überflüssigen entstehe in der globalen Wirtschaft – von nun an und für immer – zwangsläufig. Arbeitslosigkeit sei keine periodische Ausnahme mehr, sondern – als dauerhafte Ausgrenzung der Unqualifizierten – zur Regel geworden. Die Arbeitslosen bildeten nicht einmal mehr eine Reservearmee. Zygmund Baumann spitzt zu: sie seien auch als Konsumenten und damit insgesamt „nutzlos“ geworden.

Das Wort „Arbeitslosigkeit“, so Beck, mache mithin keinen Sinn mehr. Ebenso sinnlos sei die Forderung, an der Politik und Wissenschaft festhielten: die

„Arbeitslosigkeit“ zu beseitigen.

Dieser Kategorienfehler hindere sie, so Beck, die richtige Zukunftsfrage zu stellen, und die heiße: „Wie können Menschen ein sinnvolles Leben führen, auch wenn sie keinen Arbeitsplatz finden?“ Und genau das ist die falsche Frage, denn sie führt



MATHIAS GREFFRATH, geb. 1945, ist Soziologe und Journalist. Er war Chefredakteur der *Wochenpost* und schreibt für die *DIE ZEIT*, *taz*, *Süddeutsche Zeitung* und die ARD. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen „Montaigne heute“ (1999) und „Attac“ (2002).

zu einem Fatalismus in Potenz. Ohne Arbeit ist grundsätzlich kein sinnvolles Leben zu führen. Wer ohne Arbeit ist, verliert das Wirklichkeitsgefühl. Arbeit stiftet einen wirklichen, nicht nur gedachten Zusammenhang der Gesellschaft – die „organische Solidarität“, von der die bürgerliche Soziologie seit Durkheim spricht. Und Arbeit – wenn sie nicht bloße Beschäftigung ist – gibt der einzelnen Existenz einen Sinn: Wer arbeitet, wird gebraucht.

Es gibt keinen Grund, diese Anthropologie der europäischen Arbeitsgesellschaft aufzugeben. Wir haben keine andere Überlegungen wie die Becks und anderer „Optimisten“ münden in der Forderung nach einem Grundeinkommen, einer Stilllegungsprämie, für Menschen, welche die Gesellschaft der Marktsubjekte verlassen und sich mit einem Minimalkonsumbudget auf die Suche nach einem „sinnvollen Leben“ machen. Als Pflegekräfte und Parkpfleger zweiter Klasse, als Begründer genossenschaftlicher Unternehmen, als bildungsbürgerliche Asketenverbände oder als Anachoreten. Solche Gedanken sind verzweifelt gut gemeint – aber sie führen in eine explosive neue Klassenspaltung: auf der einen Seite die „produktiven“ Arbeitsbürger, auf der anderen die Alimentierten. Die Produktiven, die man noch braucht (und besteuert), werden sich weigern, mehr als das Nötigste zur Ernährung der Überflüssigen zu bezahlen, und das Lumpenproletariat wird resigniert verrohen oder auf Dauer Autos und Schulen abfackeln – die Symbole eines Wohlstands, von dem es ausgeschlossen bleibt, und eines Staates, der weiter die Gleichheit der Chancen behauptet.

Weder Islamismus, Städtebau noch Polygamie: Natürlich ist es die Arbeitslosigkeit.

Die Alternative ist seit 100 Jahren bekannt. Sie heißt: „gute Arbeit“ für alle. Und das heißt: Schulen, die alle Bürger befähigen, eine Arbeit auf der Höhe der ihnen erreichbaren Fähigkeiten auszuüben. Und eine Regelung des Arbeitsmarkts, die allen Bürgern ermöglicht, ein selbstverdientes Leben zu führen – sprich: die Verkürzung der Arbeitszeit. Von Adam Smith über Walter Rathenau, von John Maynard Keynes bis zur Sozialdemokratie war das die Leitkultur der aufgeklärten Bürger.

Wenn der Anschein nicht trügt, tritt in letzter Zeit schleichend das Versprechen der Sicherheit an die Stelle der „Chancengleichheit“. Aus dem Sozialstaat wird so der Sicherheitsstaat: Oben wird das Eigentum gesichert, unten das Überleben auf reduziertem Niveau. Das schafft Arbeitsplätze für Sicherheitskräfte und Gefängnisbetreiber – und wäre über kurz oder lang das Ende der Demokratie. Es sei denn, die Politik schafft, getrieben von demokratischem Alarmismus, neue Strukturen. Unmöglich ist das nicht. In der Weltwirtschaftskrise schuf Franklin D. Roosevelts Regierung mit einem Crashprogramm in zwei Monaten sinnvolle Arbeit für vier Millionen Arbeitslose. Die Löhne waren nicht hoch, aber immer noch besser als die schwarzer Landarbeiter. Das war der Anfang des New Deal, einer strukturellen Neuverteilung der Macht zwischen Kapital und Arbeit und einer Aktivierung des Staates. „Der Staat kann das heute nicht mehr“ – so tönt es aus jedem Kommentar, mit einem Fatalismus, demzufolge der globale Markt zwangsläufig die nationalen Demokratien zerstören muss.

War die sprachlose Bambule nun „antirepublikanisch“ (Alain Finkielkraut), oder „republikanisch“ (Emmanuel Todd)? Es liegt an Mächtigen und den Sprachmächtigen zu entscheiden, was sie war: eine verzweifelte, letzte Aufforderung an den Staat, sich mit der Macht des Kapitals und der märchenhaften Gier der Mittelschichten anzulegen – oder schon nur noch der Hass, der das zerstört, was ihm nicht helfen kann.